



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/IX/213 - 21.9.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Zweierlei Taktik - das Pankower Dilemma	S. 1
Die Wahlen in Schweden	S. 3
Das Sprachrohr der "Entrechteten"	S. 4

Sozialdemokratismus - Hauptfeind der SED-Diktatur

03. Die kommunistische Propaganda gegenüber der deutschen Sozialdemokratie befindet sich gegenwärtig in einem Dilemma. Man ist einerseits eifrig bemüht, unter dem Schlagwort von der "Aktionseinheit der Arbeiterklasse" das ganze Arsenal der kommunistischen Beschwörungsformeln wieder aufzufrischen, um die geschlossene antikommunistische Front der deutschen Arbeiter aufzuweichen. Zu den praktizierten Mitteln dieser Taktik gehören Nationalkongresse, gesamtdeutsche Tagungen, ministerielle "Kulturgespräche" auf Kirchentagen, Arbeiter- und Gewerkschaftskonferenzen, wie die kürzlich in Leipzig stattgefundenen, und Solidaritätsaktionen für Streikende und dergleichen mehr. Bei dieser Aufweichungstaktik vermeidet man die sonst in der kommunistischen Terminologie üblichen Diffamierungen gegenüber der Sozialdemokratie und ihren Führern.

Diese taktischen Notwendigkeiten der sowjetisch gelenkten Aufweichungskampagne erschweren dem Pankower SED-Regime die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie innerhalb der Sowjetzone, wo das Regime gezwungen ist, sich ständig mit dem sozialdemokratischen Ideengut auseinanderzusetzen. Das Dilemma der zweierlei Taktik gegenüber der Sozialdemokratischen Partei erweist sich gerade jetzt bei der Vorbereitung der Zwangs-Blockwahlen vom 17. Oktober. In dieser Wahlkampagne finden sich wieder die alten massiven Verleumdungen sowohl gegen die Sozialdemokraten in der Sowjetzone und das Ostbüro wie auch gegen die SPD in Westdeutschland. Wieder wird offen von der Verbrei-

tung und dem Wirken des Sozialdemokratismus unter den Mitgliedern und Funktionären der SED und vor allem unter den Belegschaften der VE-Industriebetriebe gesprochen. Es sind wieder die alten Holzhammermethoden, in denen zugleich die Bedrängnis und Erfolglosigkeit der vom Widerstandskampf in die Defensive gezwungenen Ulbricht-Clique zum Ausdruck kommt.

Warum hat die SED-Diktatur die Hetze gegen die Sozialdemokratie erneut verschärft, obwohl sie zum Teil im Gegensatz steht zu den Bedürfnissen der gegenwärtigen sowjetischen Zersetzungs- und Aufwuchsstrategie? Der Einfluß der Sozialdemokratie unter der Bevölkerung des sowjetisch besetzten Mitteldeutschlands hat weiter zugenommen. Die politischen Ausstrahlungen des Berliner Parteitages der SPD auf die Arbeiterschaft und die gesamte Bevölkerung in der Sowjetzone haben eine nachhaltige Wirkung. In vielen Versammlungen treten die Arbeiter den SED-Sprechern offen mit sozialdemokratischen Argumenten entgegen. Sie fordern wirklich demokratische Wahlen und halten damit unentwegt fest an der Hauptforderung des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953. In den Betriebsversammlungen, besonders in den Großbetrieben, hat die Kampfstimmung einen Höhepunkt erreicht.

Unter dem Eindruck dieser Massenstimmung in der Sowjetzone schrieb ULBRICHT in der ZK-Zeitschrift "EINHEIT":

"Bei den Volkswahlen wird es zu scharfen Auseinandersetzungen mit solchen Personen kommen, die entsprechend den Weisungen der feindlichen Agenturen die Interessen der westlichen EWG-Politiker vertreten. Gegen die Versuche, eine antidemokratische Politik in Form sozialdemokratischer Argumente zu verbreiten, ist ein grundsätzlicher ideologischer Kampf zu führen."

Der Kaderchef der SED, SCHIRDEWAN, bestätigte in einer Beratung des ZK mit SED-Sekretären der Großbetriebe die zunehmende Verbreitung sozialdemokratischer Ansichten mit den Worten:

"Die Tatsache, dass wir uns in unseren Betrieben mit der Politik der rechtssozialdemokratischen Führer Westdeutschlands vor allen Werktätigen auseinandersetzen, führt dazu, dass die Arbeiterklasse immer bewusster gegenüber der Hetze, die gegen die Arbeiter- und Bauernmacht von Westdeutschland her geführt wird, auftritt."

In der "Täglichen Rundschau" schrieb Lotte ULBRICHT, die Frau des 1. SED-Sekretärs:

"Was Stalin bereits 1928 gefordert hat: "Unermüdlicher Kampf gegen den Sozialdemokratismus auf allen Gebieten, sowohl auf wirtschaftlichem Gebiet als auch auf politischem Gebiet" gilt noch heute, auch für die SED."

Vergeblich macht das SED-ZK seinen Kadern den Vorwurf, dass sie "kämpferischen Auseinandersetzungen" in der Partei und unter der Bevölkerung ausweichen, weil sie eine sektiererische Einstellung hätten. Die sozialdemokratischen Argumente sind stärker als die Parolen des ZK und zersetzen die SED.

So zeigt sich im zehnten Jahr der sowjetischen Besetzung Mitteldeutschlands, dass alle Versuche des Pankower Gewaltregimes, den Sozialdemokratismus durch Lüge und Terror auszurotten oder durch zweierlei Taktik die geschlossene antikommunistische Front der deutschen Arbeiterbewegung aufzuweichen, vergeblich sind. Die Sozialdemokratie war und bleibt der Hauptfeind dieses Regimes.

Vertrauen für Schwedens Sozialdemokratie

IRK - Stockholm

Die am vergangenen Sonntag in Schweden durchgeführten Kommunalwahlen haben die Stellung der Sozialdemokratie gefestigt, jedoch einige Veränderungen im bürgerlichen Lager gebracht. Die Liberale Volkspartei konnte ihren Vormarsch nicht fortsetzen, sondern erlitt empfindliche Verluste. Hingegen ist der Erfolg der Konservativen sehr ausgeprägt; er ist in allen Landesteilen zu bemerken. Die mit der Sozialdemokratie regierende Bauernpartei hat Dinkausen erlitten. Ihre Niederlage ist nicht nur in den Städten markant, sondern auch in den ausgesprochenen Landesgebieten. Die Kommunisten konnten ihre Stellung überraschend gut behaupten. In Stockholm eroberten sie drei neue Mandate, während die Sozialdemokraten eines verloren; die regierende Koalition Konservative-Liberale umfasst 50 Mandate gegen 50 der Opposition; in Göteborg gelang der Volkspartei nicht die ersehnte Überflügelung der Sozialdemokratie.

Es wurden nicht nur die Stadt- und Gemeindevertretungen neu gewählt sondern auch die Provinzialvertretungen (Landsting). Die Mitglieder der Landstinge sind zugleich die Elektoren für die Wahl in die Erste Kammer, die ihre Zusammensetzung jährlich mit einem Achtel ändert. Die Sozialdemokratie hat noch die Mehrheit in der Ersten Kammer (79 Mandate von 150), nicht aber in der Zweiten Kammer (110 von 230). Bei der Reichstagswahl 1952 ging die sozialdemokratische Mehrheit für die gemeinsamen Abstimmungen der beiden Kammern verloren (189 von 380 Mandaten). Das Ergebnis der eben durchgeführten Wahl wird die allmähliche Vergrößerung der sozialdemokratischen Mehrheit in der Ersten Kammer und damit die Wiedergewinnung der sozialdemokratischen Mehrheit überhaupt sein. Die Sozialdemokraten konnten weitaus mehr als die Hälfte der Landstingsmandate erobern, die durch die neue Wahlordnung zur Zahl der bisherigen hinzugekommen sind.

Die schwedische Sozialdemokratie leitet nun seit über zwanzig Jahren die Politik des Landes. Ihre Kraft ist unverbraucht; die

ins Werk gesetzte soziale Reformarbeit wird fortgeführt werden können. Auch die wirtschaftlichen Fortschritte des Landes sind enorm. Die Valuta ist fest, Arbeitslosigkeit gibt es nicht. Mit Recht konnte der Ministerpräsident in der Wahlnacht darauf hinweisen, dass das Wahlergebnis die starke Verankerung der Sozialdemokratie im schwedischen Volk bestätigt hat.

+ + +

Anklage gegen Nazikampforgan

W.F. "Mag ihre Zahl auch nicht ganz klein sein", so schrieb dieser Tage eine angesehene Frankfurter Zeitung über die alten Nazi, die im öffentlichen Leben der Bundesrepublik wieder eine Rolle spielen, "so sterben sie doch allmählich aus". Das ist zweifellos auch der Wunsch, der sich dem aufdrängt, der die in Bad Wörishofen bereits im zweiten Jahrgang erscheinende Zeitung "Die Anklage" - welch bezeichnender Titel - liest. Aus ihren Zeilen spricht nämlich in geradezu provozierender Offenheit nicht nur der unselige Geist einer just überstandenen Epoche, sondern auch die elementare Feindschaft der Unverbesserlichen gegenüber dem parlamentarisch regierten Staat.

"Die Anklage" ist das Kampforgan "aller entrechteten Nachkriegsgeschädigten" und macht sich zum Sprecher der ehemaligen Repräsentanten der Naziherrschaft, deren politische Ambitionen gegenwärtig noch hinter persönlicher Unzufriedenheit und materiellen Forderungen zurückstehen. Aus dem Impressum geht hervor, dass man es mit einer "politisch und konfessionell völlig unabhängigen" Zeitung zu tun hat. Aber "politisch unabhängig" scheint hier zu heißen, dass diese Zeitung mit den Zielen keiner der demokratischen Parteien im Bundesgebiet übereinstimmt. In ihrer letzten Ausgabe werden ausdrücklich "alle einmal interniert Gewesenen und insbesondere Entnazifizierungsgeschädigten aufgefordert, den bestehenden Verbänden als Mitglied beizutreten". Und zwar mit der unglaublichen Purzelbaumakrobatik, um die "drohenden direkten und indirekten Strafmaßnahmen" unmöglich zu machen, denen die "entrechteten, niedergeschlagenen und wirtschaftlich vernichteten alten Nazis" sonst ausgesetzt wären! Das zu verhindern, so heißt es, vermögen nur "numerisch stark gewordene Verbände, die sich zu einem Bundesverband zusammenschließen und die von aufrechten und sauberen Männern geführt werden."

Offenbar hält "Die Anklage" also die Zeit für gekommen zum Sammeln zu blasen. Diesen Eindruck gewinnt man überhaupt bei der Lektüre ihres Inhalts, ganz besonders aber durch den aggressiven Ton ihrer Sprache und die im Text verstreuten Drohungen, wie z.B.: "Man weiß nie, was morgen ist!" oder "Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben! Und es ist noch nicht Abend!" Im Übrigen befindet sich in der vorliegenden Ausgabe (15. September) eine ungewöhnlich große Anzahl von Auszügen aus Büchern und Broschüren, die auch von rechtsradikalen Literatur-

vertriebsstellen an hervorgehobener Stelle angeboten zu werden pflegen (Grenfell: "Bedingungsloser Haß", Utley: "Kostspielige Rache", "Hochschullehrer klagen an", Diels: "Der Fall Jahn") und in denen nicht nur der Donner Staat, sondern auch die westlichen Besatzungsmächte scharf angegriffen werden. In den meisten Artikeln dieser Zeitung findet man - um ausnahmsweise eine Formulierung aus ihr zu entnehmen - "Floaken der Verleumdung" über die westdeutsche Demokratie und die Westmächte ausgeschüttet, alles Negative mit einem gehässigen "Da seht Ihr's ja!" hervorgezogen. Nur der geringste Teil des Inhalts dieser Zeitung befasst sich jedoch wirklich mit den materiellen Forderungen der Internierten und Entnazifizierten.

Die Zeit ist offensichtlich vorüber, in der ehemals führende Figuren des zusammengebrochenen Regimes durch Untertauchen vor der Verantwortung flohen und das Volk in seinem namenlosen Unglück allein ließe. Jetzt, wo die Folgen des Zusammenbruchs, wenigstens innerhalb der Grenze der Bundesrepublik, endlich halbwegs beseitigt sind, melden sie bei dem Staat, der ohnehin die schwere Hypothek des Hitlerreiches mitzutragen hat, ihre Forderungen für nach dem Zusammenbruch entstandene Schäden an. In zunehmendem Maße organisieren sie sich in "Interessengemeinschaften" und steuern auf eine einheitliche zentrale Organisation hin, wobei die Zeitung "Die Anklage" eine ebenso antreibende wie provozierende Rolle zu spielen scheint.

Man würde sicher gut daran tun, diese Entwicklung künftig mit größerer Aufmerksamkeit zu verfolgen. Sie scheint nämlich die Beobachtung zu bestätigen, dass eine nazistische Gefahr heute weniger von den bestehenden rechtsradikalen Splitterorganisationen droht, als vielmehr durch die "Internationale" ehemaliger NS-Funktionäre mit ihren vielfältigen Querverbindungen in zahlreichen Verbänden und Parteien, die offensichtlich in der "Anklage" ihr Kampforgan gefunden hat.

Die Bundesrepublik kann gegenüber den totalitären Bestrebungen von rechts und links nicht wachsam genug sein. Ihre zuständigen Organe sollten ihr Augenmerk auch auf Zeitungen richten, die offen ehemalige Nazis zum Sammeln aufrufen. Sie sollten Anklage erheben, ehe der Demokratie größerer Schaden entstanden oder ehe es gar zu spät ist.

+ + +

Aussenpolitische Debatte, eine unverzichtbare Forderung

ep - Unter diesem Titel veröffentlichten wir in unserer gestrigen Ausgabe eine Stellungnahme, in der die Forderung der SFB nach baldiger Abhaltung einer außenpolitischen Debatte noch einmal unterstrichen wurde. Hierbei unterlief dem Verfasser des Artikels ein sachlicher Fehler, den wir richtigstellen möchten. Die Forderung nach Einschaltung des Ausschusses nach Artikel 45 des Grundgesetzes kann in diesem Zusammenhang nicht aufgestellt werden. Wir bitten, diesen Fehler, der leider in einem Teil der Auflage nicht mehr korrigiert werden konnte, entschuldigen zu wollen.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler